BGS/SFA/0566/9913-2015

**Basisinformation**

**zur Aufhebung der Regelung des § 56 Abs.3 AlVG**

**durch den Verfassungsgerichtshof**

Inhalt

[1 Was bedeutet generell, die Aufhebung der Regelung des § 56 Abs.3 AlVG ab Kundmachung im BGBl? 2](#_Toc409695156)

[2 Wann hat eine Beschwerde gegen einen Bescheid aufschiebende Wirkung? 3](#_Toc409695157)

[3 Was wird bei den BRZ TNBs verändert? 4](#_Toc409695158)

[4 Was bedeutet es allgemein in der Praxis, wenn einer Beschwerde bei einer speziellen Bescheidgruppe aufschiebende Wirkung zukommt, weil sie im erstinstanzlichen Bescheid nicht ausdrücklich ausgeschlossen wurde? 6](#_Toc409695159)

[5 Wann kommt NACH Umsetzung der oben genannten 3 Umsetzungsschritte einer Beschwerde gegen einen Bescheid aufschiebende Wirkung zu? 7](#_Toc409695160)

[6 Wie sind „Übergangsfälle“ zu behandeln? 11](#_Toc409695161)

[7 Was ist bei der Bearbeitung der Beschwerden in der Applikation ALV 2.Instanz zu beachten? 11](#_Toc409695162)

# Was bedeutet generell, die Aufhebung der Regelung des § 56 Abs.3 AlVG ab Kundmachung im BGBl?

Grundsätzlich bewirkt die Einbringung eines Rechtsmittels gegen einen Bescheid „aufschiebende Wirkung“ – das heißt, dass durch die Einbringung der Beschwerde der Eintritt der rechtlichen Wirkungen des Bescheides vorläufig aufgeschoben wird. Von dieser generellen Regelung gibt es gesetzlich festgelegte Ausnahmen – eine solche Ausnahme befand sich in § 56 Abs.3 AlVG. Einer Beschwerde gegen AlVG Bescheide kam keine aufschiebende Wirkung zu – sie konnte nur im Einzelfall während der Beschwerdefrist beantragt und unter den in § 56 Abs.3 AlVG festgelegten Voraussetzungen zuerkannt werden.

Diese Bestimmung hat der Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Die Kundmachung ist mit BGBl. I Nr. 28/2015 am 23.1.2015 erfolgt.

Auswirkung der Aufhebung von § 56 Abs.3 AlVG ist, dass ab dem Tag, der auf die Kundmachung im BGBl ( am 23.1.2015) folgt (also ab 24.1.2015) alle Beschwerden gegen AlVG Bescheide aufschiebende Wirkung haben. Das geschieht, da bisher die aufschiebende Wirkung von Beschwerden NIE explizit in einem TNB ausgeschlossen wurde (siehe dazu Punkt 6 zu „Übergangsfällen“).

Es gilt nun statt § 56 Abs.3 AlVG der § 13 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwGVG). (genauer: siehe Punkt 6 zu „Übergangsfällen“)

§ 13 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz lautet:

Aufschiebende Wirkung

§ 13. (1) Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG hat aufschiebende Wirkung.

(2) **Die Behörde kann die aufschiebende Wirkung mit Bescheid ausschließen, wenn nach Abwägung der berührten öffentlichen Interessen** und Interessen anderer Parteien der vorzeitige Vollzug des angefochtenen Bescheides oder die Ausübung der durch den angefochtenen Bescheid eingeräumten Berechtigung wegen Gefahr im Verzug dringend geboten ist. **Ein solcher Ausspruch** **ist tunlichst schon in den über die Hauptsache ergehenden Bescheid aufzunehmen**.

(3) Beschwerden gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 4 und Abs. 2 Z 1 B-VG haben keine aufschiebende Wirkung. Die Behörde hat jedoch auf Antrag des Beschwerdeführers die aufschiebende Wirkung mit Bescheid zuzuerkennen, wenn dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung der berührten öffentlichen Interessen und Interessen anderer Parteien mit der sofortigen Verbindlichkeit der Weisung oder mit dem Andauern des Verhaltens der Behörde für den Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre.

(4) Die Behörde kann Bescheide gemäß Abs. 2 und 3 von Amts wegen oder auf Antrag einer Partei aufheben oder abändern, wenn sich der maßgebliche Sachverhalt so geändert hat, dass seine neuerliche Beurteilung einen im Hauptinhalt des Spruchs anderslautenden Bescheid zur Folge hätte.

(5) **Die Beschwerde gegen einen Bescheid gemäß Abs. 2 oder 3 hat keine aufschiebende Wirkung.** Sofern die Beschwerde nicht als verspätet oder unzulässig zurückzuweisen ist, **hat die Behörde dem Verwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verfahrens unverzüglich vorzulegen. Das Verwaltungsgericht hat über die Beschwerde ohne weiteres Verfahren unverzüglich zu entscheiden und der Behörde, wenn diese nicht von der Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung absieht, die Akten des Verfahrens zurückzustellen.**

# Wann hat eine Beschwerde gegen einen Bescheid aufschiebende Wirkung?

Es kommt einer Beschwerde gegen einen AMS Bescheid immer dann aufschiebende Wirkung zu, wenn die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde nicht bereits von vorneherein im „Erstbescheid“ gesondert ausgeschlossen wurde (Ein späterer Ausschluss im Rahmen einer Beschwerdevorentscheidung ist grundsätzlich möglich – näheres dazu wird im DFE des BMASK ausgeführt werden). Dieser Ausschluss muss im Spruch des Bescheides angeführt und zusätzlich begründet werden, wobei eine Interessensabwägung zwischen den Interessen der Partei und dem öffentlichen Interesse vorgenommen wurde - was das für die TNBs bedeutet wird später ausführlich erläutert.

Wird ein RGS Bescheid **nicht** mittels Beschwerde bekämpft, hat es keine Auswirkungen, ob die aufschiebende Wirkung in einem Fall ausgeschlossen wurde oder nicht. Das Vorliegen oder Nichtvorliegen der aufschiebenden Wirkung einer Beschwerde wirkt sich ausschließlich ab dem Zeitpunkt aus, ab dem das Rechtsmittel der „Beschwerde“ rechtzeitig (=also innerhalb der Beschwerdefrist von 4 Wochen ab der Bescheidzustellung) eingebracht wird.

Folgende Fallkonstellationen sind möglich:

1. Im RGS Bescheid wurde die aufschiebende Wirkung nicht ausgeschlossen:
Das bedeutet, dass die Auswirkungen der aufschiebenden Wirkung sofort von der RGS umgesetzt werden müssen. Die konkreten Umsetzungsschritte für die einzelnen Arten der Bescheide finden sich in den Punkten 3 und 4.
2. Im RGS Bescheid wurde die aufschiebende Wirkung ausgeschlossen:
In der Beschwerde wird nicht darauf Bezug genommen, dass sie sich auch gegen den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung richtet. Das bedeutet, dass die im Bescheid getroffene Entscheidung vorerst wirksam wird und wie bisher vorgegangen werden kann.
3. Im RGS Bescheid wurde die aufschiebende Wirkung ausgeschlossen und in der Beschwerde wird auch gegen den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung vorgegangen:
Hier ist hinsichtlich der Überprüfung der aufschiebenden Wirkung ein Eilverfahren beim Gericht (BVwG) wie folgt durchzuführen:
* Die Unterlagen zum Fall sind mit der Beschwerde über die elektronische Schnittstelle der ALV2i unverzüglich an das Gericht zu schicken; gleichzeitig ist dem Gericht mitzuteilen, dass das AMS noch eine Beschwerdevorentscheidung vornehmen will (sofern es sich nicht um eine direkte Beschwerdevorlage handelt, bei der keine Beschwerdevorentscheidung erfolgen soll)
* Das Gericht entscheidet über die aufschiebende Wirkung übermittelt die Entscheidung darüber über die elektronische Schnittstelle der ALV2i (Abschluss des gerichtlichen Eilverfahrens)
* Parallel zum Eilverfahren beim Gericht ist das Verfahren zur Beschwerdevorentscheidung durchzuführen (Achtung: 10wöchige Entscheidungsfrist wird NICHT verlängert**)**

# Was wird bei den BRZ TNBs verändert?

Die Veränderung der TNBs muss in mehreren Umsetzungsschritten erfolgen:

* **Umsetzungsschritt 1** – Änderung in der Rechtsmittelbelehrung der TNBs - erfolgt mit dem Tag, der auf die Kundmachung der Aufhebung der Regelung folgt

In einem ersten Umsetzungsschritt wurde die derzeit in der Rechtsmittelbelehrung der BRZ-Bescheide (TNB) enthaltene Information über die Notwendigkeit der Beantragung einer aufschiebenden Wirkung entfernt. Da somit die aufschiebende Wirkung nicht explizit ausgeschlossen wird, führen **alle** BRZ-Bescheide, die ab der Kundmachung erlassen werden, im Fall einer Beschwerde zu einer aufschiebenden Wirkung (Ausnahme: Aussetzungsbescheid gemäß § 38 AVG; hier ist eine aufschiebende Wirkung von der Art des Bescheides her nicht möglich).

Dies gilt jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt, ab dem Textänderungen in den einzelnen Bescheiden des BRZ umgesetzt werden können (siehe Umsetzungsschritt 2).

**Achtung:**

Die geänderten Vorlagen für konzeptive Bescheide in der ALV-Applikation können erst mit 02.02.2015 in Produktion zur Verfügung gestellt werden. **Bis dahin muss der letzte Absatz in der Rechtsmittelbelehrung der konzeptiven ALV-Bescheide gelöscht werden.**



* **Umsetzungsschritt 2** – Änderung der TNB Texte im BRZ – voraussichtlich Ende Jänner/Anfang Februar umgesetzt

Die Textänderungen werden bewirken, dass bei den unten angeführten Bescheiden mittels TNB die aufschiebende Wirkung ausgeschlossen wird. Dies trifft zu auf:

* Sanktionen nach § 10 Abs.1 AlVG (TNB 010, 210; **nicht** jedoch TNB B10)
* Einstellbescheide zu § 9 AlVG (Arbeitsunwilligkeit – TNB 051, 251)
* Aussetzbescheide nach § 38 AVG (TNB 602 - inhaltlich konnte eine Beschwerde gegen diesen Bescheid auch schon bisher keine aufschiebende Wirkung erzeugen, jetzt wird im TNB Text ein entsprechender Zusatz explizit aufgenommen)

Der genaue Einsatzzeitpunkt dieser Bescheidänderungen wird gesondert bekannt gegeben.

* **Umsetzungsschritt 3** – Einführung neuer TNB Bescheide im BRZ - voraussichtlich Ende Februar/Anfang März umgesetzt

Die neuen TNBs schließen im Fall einer Beschwerdeeinbringung die aufschiebende Wirkung aus und stehen zur Verfügung für:

* TNB **086** und **286** - Kontrollmeldeversäumnisse bei denen die Wiedermeldung nach einem Zeitraum von mehr als einer Woche erfolgt
* TNB **048** und **248** - Ruhen wegen Auslandsaufenthalt in einer Dauer von über einer Woche
* TNB **049** und **249 -** Keine Nachsicht vom Ruhen wegen Auslandsaufenthalt in einer Dauer von über einer Woche
* TNB **690** - Rückforderungen wegen aufschiebender Wirkung während des Rechtsmittelverfahrens
* TNB **890** - Rückforderungen wegen aufschiebender Wirkung während des Rechtsmittelverfahrens bei Altersteilzeit

Der genaue Einsatzzeitpunkt dieser Bescheide wird gesondert bekannt gegeben.

# Was bedeutet es allgemein in der Praxis, wenn einer Beschwerde aufschiebende Wirkung zukommt, weil sie im erstinstanzlichen Bescheid nicht ausdrücklich ausgeschlossen wurde?

**ACHTUNG:**

**Die folgenden Ausführungen erläutern, was es bedeutet, wenn eine aufschiebende Wirkung im erstinstanzlichen Bescheid nicht ausgeschlossen wurde. Dies unabhängig davon, bei welchen TNBs das künftig geschehen wird oder nicht. Die Festlegung, welche TNBs zukünftig eine aufschiebende Wirkung ausschließen oder nicht wird im nächsten Punkt ausführlich beschrieben.**

1. Bei Beschwerden gegen Antragsabweisungen und Zurückweisungen mangels Wohnsitz hat die aufschiebende Wirkung keine Auswirkung – die Leistung ist NICHT vorläufig anzuweisen. Der/die Arbeitslose ist in diesem Fall während des laufenden Verfahrens so zu stellen, wie vor der Bescheiderlassung – d.h. es bleibt also ungeklärt, ob ein Anspruch besteht oder nicht.
2. Bei Beschwerden gegen Einstellbescheide, Sanktionsbescheide und Ruhensbescheide führt die aufschiebende Wirkung dazu, dass die Leistung auch weiterhin anzuweisen ist und die Person so zu betreuen ist, wie es auch während des „normalen“ Leistungsbezuges der Fall wäre.

Wird das Beschwerdeverfahren beendet und wird der Bescheid des AMS bestätigt, so sind im Anschluss daran die wegen des Rechtsmittelverfahrens zu Unrecht ausbezahlten Beträge mit gesondertem (im 3. Umsetzungsschritt neu geschaffenen) Rückforderungsbescheid nach § 25 Abs.1, letzter Satz (TNB 690) zurückzufordern. Bei Altersteilzeitgeld gilt dasselbe für den Rückforderungsbescheid nach § 27 Abs.8, letzter Satz (TNB 890)

ACHTUNG:
Einige der Sanktions-, Einstell- und Ruhensbescheide werden in den Umsetzungsschritten 2 und 3 standardmäßig in den TNB Texten mit einem Ausschluss der aufschiebenden Wirkung versehen – siehe Seite 7 ff.

1. Rückforderungsbescheide

Bei Beschwerden gegen Rückforderungsbescheide hat die aufschiebende Wirkung die Auswirkung, dass kein Einbehalt des Rückforderungsbetrages erfolgen darf.

Offene Forderungen zu der bekämpften Rückforderung sind mittels der Belegart VAB vorläufig außer Evidenz zu nehmen. Bereits vom Leistungsbezug einbehaltende
 (Teil-)Beträge sind mittels Belegart VNZ nachzuzahlen.

Die so außer Evidenz genommenen bzw. nachgezahlten Beträge sind nach Abschluss des Rechtsmittelverfahrens und ggf. nach Korrektur des Leistungsbezuges mittels Belegart VRF wieder einzugeben.

1. Bei Beschwerden gegen einen Bescheid, mit dem es zu einer Zuerkennung ab Geltendmachung kam, hat die aufschiebende Wirkung keine Auswirkung– die Leistungsanweisung ist NICHT zu verändern.
2. Bei Beschwerden gegen Aussetzungsbescheide hat die aufschiebende Wirkung keine Auswirkung– die Aussetzung tritt bei Erlassen eines solchen Bescheides immerein.

# Wann kommt NACH Umsetzung der oben genannten 3 Umsetzungsschritte einer Beschwerde gegen einen Bescheid aufschiebende Wirkung zu?

1. Antragsabweisungen:
Beschwerden gegen Antragsabweisungen kommt immer aufschiebende Wirkung zu.
Die Person ist in diesem Fall während des laufenden Verfahrens so zu stellen, wie vor der Bescheiderlassung – die aufschiebende Wirkung bewirkt in dieser Situation also nur, dass die Entscheidung dem Antrag nicht stattzugeben nicht endgültig umgesetzt wird. Sie führt aber NICHT dazu, dass es zu Zahlungen kommt.
Die aufschiebende Wirkung hat daher in diesen Fällen im ALV Verfahren keine Auswirkung – die Leistung ist NICHT vorläufig anzuweisen.
2. Bei Beschwerden gegen Einstellbescheide hat die aufschiebende Wirkung die Auswirkung, dass die Leistung auch weiterhin anzuweisen ist und die Person so zu betreuen ist, wie es auch während des „normalen“ Leistungsbezugs der Fall wäre.

Wird das Beschwerdeverfahren beendet und wird der Bescheid des AMS bestätigt, so sind die wegen des Rechtsmittelverfahrens zu Unrecht ausbezahlten Beträge mit gesondertem (neu geschaffenen) Rückforderungsbescheid nach § 25 Abs.1 (TNB 690), letzter Satz oder bei Altersteilzeitgeld § 27 Abs.8 AlVG letzter Satz (TNB 890) rückzufordern.

**Ausnahme**:

Bei Beschwerden gegen einen Einstellbescheid wegen Arbeitsunwilligkeit bleibt der Leistungsbezug auch weiterhin eingestellt, da die im 2. Umsetzungsschritt abgeänderten BRZ Bescheide TNB 051 und 251 die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde ausschließen.

1. Sanktionsbescheide:
Beschwerden gegen Sanktionsbescheide kommt ab dem 2. bzw. 3. Umsetzungsschritt KEINE aufschiebende Wirkung zu – in die entsprechenden TNBs wird der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung aufgenommen.

Daher ergibt sich für die RGS in der Vorgehensweise keine Änderung zum bisherigen Verfahren:

Dies betrifft die folgenden Bescheide:

* § 10 Abs. 1 AlVG (abgeänderte TNB 010, 210; **nicht** TNB B10)
* § 9 AlVG – Arbeitsunwilligkeit (abgeänderte TNB 051 und 251)
* Bescheide zu Kontrollmeldeversäumnissen, bei denen die Wiedermeldung nicht binnen einer Woche erfolgt (TNB **086, 286** – neue TNBs ab 3. Umsetzungsschritt)

**Ausnahme -** aufschiebende Wirkung bei Sanktionsbescheiden haben:

Beschwerden gegen

* Bescheide zu § 10 Abs.4 AlVG (Versäumnis einzelner Schulungstage), die konzeptiv zu erstellen sind
* Bescheide zu Kontrollmeldeversäumnissen, bei denen die Wiedermeldung binnen einer Woche erfolgt
* Bescheide zu Kontrollmeldeversäumnissen während einer Versicherung nach § 34 AlVG (TNBB85**)**

Praktische Auswirkung: die Leistung ist auch weiterhin anzuweisen und die Person ist so zu betreuen, wie es auch während des „normalen“ Leistungsbezug der Fall wäre.

Wird das Beschwerdeverfahren beendet und wird der Bescheid des AMS bestätigt, sind die wegen des Rechtsmittelverfahrens zu Unrecht ausbezahlten Beträge mit gesondertem (neu geschaffenen) Rückforderungsbescheid nach § 25 Abs.1 letzter Satz (TNB 690) rückzufordern.

1. Bescheide § 11 AlVG:

Beschwerden gegen Bescheide gemäß § 11 kommt aufschiebende Wirkung zu.

1. Ruhensbescheide

Beschwerden gegen Ruhensbescheide kommt aufschiebende Wirkung zu.
Die Leistung ist auch während des Ruhenszeitraums anzuweisen. Die Person ist so zu betreuen, wie es auch während des „normalen“ Leistungsbezugs der Fall wäre.

Wird das Beschwerdeverfahren beendet und wird der Bescheid des AMS bestätigt, so sind die wegen des Rechtsmittelverfahrens zu Unrecht ausbezahlten Beträge mit gesondertem (neu geschaffenen) Rückforderungsbescheid nach § 25 Abs.1, letzter Satz AlVG (TNB 690) rückzufordern.

**Ausnahme**:

Bei Beschwerden gegen Ruhensbescheide wegen Auslandsaufenthalts über 1 Woche, wird die aufschiebende Wirkung ausgeschlossen (neue BRZ Bescheide TNB 048, 049, 248 und 249).

1. Rückforderungsbescheide

Beschwerden gegen Rückforderungbescheide kommt immer aufschiebende Wirkung zu. Es darf daher kein Einbehalt erfolgen und kein Mahnlauf initiiert werden.

Offene Forderungen zu der bekämpften Rückforderung sind mittels der Belegart VAB vorläufig außer Evidenz zu nehmen. Bereits vom Leistungsbezug einbehaltende
(Teil-)Beträge sind mittels Belegart VNZ nachzuzahlen.

Die so außer Evidenz genommenen bzw. nachbezahlten Beträge sind nach Abschluss des Rechtsmittelverfahrens und ggf. nach Korrektur des Leistungsbezuges mittels Belegart VRF wieder einzugeben.

Derzeit sind solche technischen Abschreibungen bzw. Nachzahlungen durch die Landesgeschäftsstelle genehmigungspflichtig, sofern die Betragsgrenzen überschritten werden. Es ist jedoch geplant, für solche Fälle die Betragsgrenzen zu erhöhen. Dafür ist jedoch eine Richtlinien- und Applikationsänderung notwendig, die ab 16.03.2015 in Produktion zur Verfügung stehen sollte.

**Ausnahme**:

Beschwerden gegen die neu geschaffenen BRZ Bescheide, die erst am Ende des Rechtsmittelverfahrens erlassen werden (TNB 690 und 890 nach § 25 Abs.1 letzter Satz oder § 27 Abs.8 AlVG letzter Satz), kommt NIE aufschiebende Wirkung zu. Alle Eintreibungsschritte können hier sofort verfügt werden.

1. Zuerkennung ab Geltendmachung

Beschwerden gegen diesen Bescheid kommt aufschiebende Wirkung zu.
Praktische Auswirkungen hat das im ALV Bereich keine – die Leistungsanweisung ist während des Rechtsmittelverfahrens nicht zu verändern.

1. Zurückweisung mangels Wohnsitz

Beschwerden gegen Antragsabweisungen kommt immer aufschiebende Wirkung zu.
Praktische Auswirkungen hat das im ALV Bereich keine – die Leistung ist NICHT vorläufig anzuweisen.

1. Aussetzbescheide

Einer Beschwerde gegen einen Aussetzbescheid kommt auch weiterhin NIE aufschiebende Wirkung zu – die Aussetzung tritt immer bei Erlassen eines solchen Bescheides ein. Der entsprechende TNB 602 wird in Umsetzungsschritt 2 in diesem Sinne lediglich zur Verdeutlichung ergänzt.

# Wie sind „Übergangsfälle“ zu behandeln?

Unter „Übergangsfällen“ sind diejenigen Fälle zu verstehen, bei denen der „Erstbescheid“ der RGS vor Inkrafttreten der Aufhebung erlassen wurde. Hier gibt es verschiedene Fallgruppen:

1. Der „Erstbescheid“ wurde vor der Kundmachung erlassen, die Beschwerde langte vor der Kundmachung ein und der Fall ist bereits beim Bundesverwaltungsgericht anhängig:
Jeglicher Anweisung hinsichtlich aufschiebender Wirkung durch das Gericht ist Folge zu leisten.
2. Der „Erstbescheid“ wurde vor der Kundmachung erlassen und es langt eine Beschwerde ein. Eine Beschwerdevorentscheidung ist noch nicht ergangen und der Fall ist auch nicht direkt an das Gericht übermittelt worden.
a) Wurde in dem solchen Fall eine aufschiebende Wirkung beantragt, ist diese jedenfalls zu gewähren.
b) Wurde in einem solchen Fall die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung verneint, ist das zu korrigieren und die aufschiebende Wirkung zuzuerkennen.
c) Wurde keine aufschiebende Wirkung beantragt, ist diese auch nicht zu gewähren – allfällige Verfügungen des Gerichts bei einer Weiterleitung der Beschwerdevorentscheidung infolge eines Vorlageantrags sind jedoch vollinhaltlich umzusetzen.

Wird der „Erstbescheid“ nach der Kundmachung der Aufhebung der Bestimmung des § 56 Abs.3 AlVG erlassen, ist jeweils der Aussage im erstinstanzlichen Bescheid zu folgen. Wurde die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde nicht ausgeschlossen, so ist diese zumindest bis zum Ende des Beschwerdevorverfahrens zu berücksichtigen. Es kann geprüft werden, ob in der Beschwerdevorentscheidung ein Ausschluss der aufschiebenden Wirkung nochmals ausgesprochen werden kann. Letzteres hat allerdings jedenfalls zu unterbleiben, wenn über die aufschiebende Wirkung zwischenzeitlich in einem Eilverfahren durch das Gericht entschieden wurde und keine wesentliche Änderung des festgestellten Sachverhaltes vorliegt. Näheres dazu wird im DFE des BMASK geregelt.

# Was ist bei der Bearbeitung der Beschwerden in der Applikation ALV 2.Instanz zu beachten?

Derzeit werden mit dem EDV-Auftragnehmer entsprechende Möglichkeiten analysiert, wie die Applikation ALV 2.Instanz angepasst werden kann, damit das ggst. Verfahren in der Applikation ALV 2.Instanz korrekt und einfach durchgeführt und abgebildet werden kann. Dabei wird versucht, die erforderlichen EDV-Anpassungen **mit 16.3.2015** im Produktionsbetrieb zur Verfügung zu stellen. Über die vorgenommenen EDV-Änderungen und die dann erforderlichen Bedienungsschritte wird zu seinem späteren Zeitpunkt (voraussichtlich Anfang März 2015) gesondert informiert.

Bis dahin sind folgende Eingabeschritte in der Applikation ALV 2.Instanz zu veranlassen.

Bei Einlagen einer Beschwerde zu einem Bescheid, der ab dem Zeitpunkt der Änderungen der TNB-Texte im BRZ (siehe dazu die Beschreibungen im Kapitel „**Umsetzungsschritt 2**“) erstellt wurde, bei dem auch gegen den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung vorgegangen wird, ist der Fall unverzüglich über die elektronische Schnittstelle zur Entscheidung über die aufschiebende Wirkung an das Gericht zu übermitteln – siehe auch die in diesem Zusammenhang weiter vorne genannten Ablaufanweisungen.

Mit der Übermittlung des Falles an das BVwG zur Entscheidung über die aufschiebende Wirkung, wechselt der Status der Beschwerde in „R-bei BVwG-lfd“, da die Applikation nicht unterscheiden kann, ob der Fall ausschließlich zur Entscheidung über die aufschiebende Wirkung oder für eine gesamtinhaltliche Entscheidung an das Gericht übermittelt wird. Allerdings kann die Beschwerde auch im Status „R-bei BVwG-lfd“ weiter bearbeitet werden.

Sobald eine Entscheidung vom BVwG zur aufschiebenden Wirkung beim AMS einlangt, ist diese im Fenster „BVwG“ in der Feldgruppe „Aufschiebende Wirkung durch BVwG“ entsprechend zu dokumentieren.

Wurde von der LGS über die Beschwerde mittels Beschwerdevorentscheidung entschieden, sind die entsprechenden Eintragungen in der Applikation ALV 2.Instanz wie bisher durchzuführen – wie Eintragungen des BV-Ausgangsdatum und der inhaltlichen AMS-Entscheidung in die dafür vorgesehen Eingabefelder im Startfenster „BVwG-Beschwerde“.

Da allerdings der Workflow bereits den Status „R-bei BVwG-lfd“ führt, bewirkt auch die Eingabe eines Datums im Feld „BV-Ausgang“ keinen weiteren Statuswechsel mehr. Ohne weitere EDV-Eingaben würde dieser Fall auch weiterhin im Status „R-bei BVwG-lfd“ in der Auftragsliste bleiben, obwohl das AMS die Bearbeitung der Beschwerde bereits abgeschlossen hat.

Damit dieser Fall nun in die Archivliste wechselt, müssen im Fenster „BVwG“ in der Feldgruppe „Daten zu BVwG-Verfahren“ in den Feldern

* „Eingang der BVwG-Entscheidung“,
* „BVwG-Entscheidung“,
* „BVwG-Entscheidungsbegründung“ und
* „BVwG-Entscheidungsdatum“

entsprechende Eintragungen vorgenommen werden. Dabei sollte in die Datumsfelder „Eingang der BVwG-Entscheidung“ und „BVwG-Entscheidungsdatum“ das Datum des BV-Ausganges eingetragen werden. Als BVwG-Entscheidung ist „sonstige Entscheidung“ und als BVwG-Entscheidungsbegründung jeweils der passende Grund (abgewiesen, aufgehoben oder abgeändert) entsprechend der AMS Beschwerdevorentscheidung zu verwenden. Erst durch diese Eingaben wechselt der Fall auf den Status „E-beendet“ und wird in die Archivliste verschoben.

Sollte zu diesem Fall ein Vorlageantrag einlangen und ist dieser Vorlageantrag nicht zurückzuweisen, sind die o.a. Eintragungen in der Feldgruppe „Daten zu BVwG-Verfahren“ wieder heraus zu löschen. Achtung: Dies kann nur von UserInnen mit der PÜF-Rolle ALV2IADM vorgenommen werden.

Damit wechselt der Fall auf den Status „R-bei BVwG-lfd“ und befindet sich wieder in der Auftragsliste. Allerdings können im Status „R-bei BVwG-lfd“ die Felder zum Vorlageantrag in der Applikation NICHT befüllt oder verändert werden, daher ist das Einlagen eines Vorlageantrages entsprechend im Notizfeld zu dokumentieren. Danach sind die erforderlichen Unterlagen (inklusive des Vorlageantrages) wie bisher elektronisch an das Gericht zu übermitteln.

Ist der Vorlageantrag zurückzuweisen, ist auch dies entsprechend im Notizfeld (inklusive des Grundes für die Zurückweisung) zu dokumentieren, da auch im Status „E-beendet“ keine Eintragungen in den Feldern zum Vorlageantrag möglich sind. Die Eintragungen im Fenster „BVwG“ in der Feldgruppe „Daten zu BVwG-Verfahren“ sind jedoch **nicht** zu entfernen, da ansonsten der Fall wieder auf den Status „R-bei BVwG-lfd“ wechseln und in die Auftragsliste verschoben werden würde.

Bei Einlangen einer Beschwerde gegen die Zurückweisung des Vorlageantrages, ist dann jedoch wieder wie bei Vorlageanträgen vorzugehen, die nicht zurückgewiesen wurden – wobei natürlich auch die Zurückweisung des Vorlageantrages an das Gericht übermittelt werden muss.

Die o.a. Vorgehensweise führt zwar dazu, dass die Statistiken zu den BVwG-Beschwerden leicht verzerrt werden, allerdings muss dies jedenfalls bis zur EDV-Release mit 16.3.2015 in Kauf genommen werden.

Weiters ist zu beachten, dass bei Einlagen eines Vorlageantrages oder einer Beschwerde gegen eine Zurückweisung des Vorlageantrages in der RGS auch die RGS MitarbeiterInnen im Beschwerdesegment aufgrund des Workflow-Status die dortigen Felder zum Vorlageantrag ebenso wenig befüllen können. Folglich wird die RGS nur den Vorlageantrag bzw. die Beschwerde gegen die Zurückweisung des Vorlageantrages einscannen und der LGS avisieren. Ein automatischer Wechsel des Falles auf den Status „L-Vorlageantrag“ erfolgt hier nicht. Folglich befinden sich die betreffenden Beschwerdefälle nach wie vor in der Archivliste. Daher sind von der LGS täglich auch die Beschwerdefälle in der Archivliste zu überprüfen, zu welchen Avisos vorhanden sind. Diese Fälle sind in der Archivliste am „J“ in der Spalte „Aviso“ erkennbar.